

# Stellungnahme zur Konsultation der Orientierungspunkte Spei- chernetzentgelte

27.02.2026

## ALLGEMEINER KONTEXT

Der zukünftige Energiemix Deutschlands und Europas wird und soll sich bis 2045 vollständig aus nicht-fossilen Quellen zusammensetzen. In diesem Zielbild nimmt die Elektrifizierung die zentrale Rolle ein. Dabei ist zwischen direkter und indirekter Elektrifizierung zu unterscheiden. Letztere ist dort erforderlich, wo die direkte Nutzung von Strom nicht oder nur bedingt praktikabel ist, etwa in Teilen des Verkehrs (Luftfahrt, Schwerlast-, Schiffsverkehr), in der Industrie (stoffliche Nutzung, Prozessenergie, Hochtemperaturanwendungen) sowie für langfristige Energiespeicherung und Systemstabilisierung.

Das Stromnetz stellt bereits heute ein zentrales Nadelöhr der Energiewende dar. Wasserstoff kann hier eine entscheidende entlastende Funktion einnehmen: Er puffert Netzknotenpunkte, fängt lastverschärfende Großverbraucher, wie Rechenzentren, ab und ermöglicht es, erneuerbare Überschüsse räumlich und zeitlich entkoppeln. Damit trägt er wesentlich zur Systemeffizienz und Netzstabilität bei. Strom- und Gasnetz sowie Strom- und Gaswirtschaft müssen somit mehr als zuvor als kooperierende Systeme gesehen und gedacht werden.

Als in Mitteldeutschland entstandener und gewachsener Verein möchten wir betonen, wie essenziell es für die chemische und energieintensive Industrie der Region ist frühzeitige eine nachhaltiger Energie- und Stoffversorgung bereitzustellen. 2045 darf dabei nicht als Enddatum, sondern muss als Wegmarke verstanden werden. Schon heute steht der Industriestandort Deutschland im globalen Wettbewerb unter erheblichem Wettbewerbsdruck. Wenn nachhaltige Energieträger wie Wasserstoff frühzeitig und zu wirtschaftlich tragfähigen Konditionen verfügbar gemacht werden, kann sich Deutschlands als Innovationstreiber im globalen Wettbewerb behaupten und Wertschöpfung im Land gesichert werden.

Die Transformation des Energiesystems muss deshalb nicht nur langfristig bis 2045, sondern vor allem kurzfristig vorangetrieben werden, um den Industriestandort Deutschland zu stärken. Wasserstoff ist hierbei ein zentraler Baustein, sowohl für industrielle Nutzung als auch für die übergeordnete Systemtransformation. Je später der Markthochlauf einer nachhaltigen Wasserstoffwirtschaft beginnt, desto größer das Risiko, dass Wertschöpfungsketten aus Mitteldeutschland, Deutschland und Europa abwandern. Angesichts geopolitischer und wirtschaftlicher Veränderungen müssen sich Deutschland und Europa resilienter aufstellen. Erneuerbare Energien und Wasserstoff sind hierfür unverzichtbare Schlüsselkomponenten.

## STELLUNGNAHME ZUR BEFREIUNG VON STROMNETZENTELGEN FÜR ELEKTROLYSEURE NACH §118 ABS. 6 ENWG

Insbesondere bis zum Jahr 2030 und darüber hinaus wird die Wasserstoffwirtschaft sich weiterhin in einer sensiblen Hochlaufphase befinden. Das ein Hochlauf einer nachhaltigen Wasserstoffwirtschaft politisch gewollt ist, um Klimaziele einzuhalten und gleichzeitig den Industriestandort Deutschland zu erhalten steht außer Frage.

Wie dieses Hochlauf zu gestalten ist, ist die entscheidende Frage der Politik. Daraus ergibt sich ein ständiger Aushandlungsprozess mit den wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Marktakteuren.

Klar ist, dass der Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft nicht so schnell voranschreitet, wie geplant und die bisherigen Wasserstofferzeugungsprojekte sich ausschließlich auf geförderte Projekte ausbreiten.

In einer so frühen Hochlaufphase wie jetzt und voraussichtlich bis in die frühen 2030er Jahre, bedarf es besonderer politischer Sorgfalt die Potentiale der Wasserstoffwirtschaft entfalten zu lassen. In dieser Phase ist es entscheidend, Investitionen durch attraktive und verlässliche Rahmenbedingungen zu ermöglichen. Insbesondere dort, wo keine spezifische Förderung greift. Aktuell zögern viele Marktakteure mit Investitionsentscheidungen, insbesondere aufgrund von Unsicherheit und mangelnder Wirtschaftlichkeit. Politische Maßnahmen sollten diesen beiden Hemmnissen entgegenwirken und nicht, wie durch den Wegfall der Netzentgeltbefreiung, verschärfen.

Die bisher bestehende Sonderregelung der Netzentgeltbefreiung zeigt, dass in der Vergangenheit anerkannt wurde, dass dies eine wichtige Stellschraube für die Machbarkeit von Wasserstofferzeugungsprojekten ist und einen erheblichen Einfluss auf die Wirtschaftlichkeit und Projektumsetzung hat. Aus Sicht unserer Vereinsmitglieder zeigt sich, dass eine Aufhebung der Netzentgeltbefreiung erheblichen Druck auf die Projekte ausübt, Investitionsentscheidungen zurückhält und den möglichen Abnehmer des Wasserstoffes immer weniger wirtschaftlichen Spielraum lassen, da es den Wasserstoffpreis zusätzlich in die Höhe treibt.

Wie eingangs beschrieben bietet Wasserstoff eine Möglichkeit Industrie in der Region zu halten. Insbesondere für Mitteldeutschland gilt es eine heimische Produktion von Wasserstoff zu schaffen, um frühzeitig der Wirtschaft eine Chance auf Transformation zu bieten. So lange Importe von nachhaltigen Gasen in großen Mengen und konkurrenzfähigen Preisen auf sich warten lassen, ist es die Aufgabe der Politik diesbezüglich den Standort Deutschland durch heimische Produktion zu sichern.

Ferner ist zu argumentieren, dass die Effekte der Wasserstoffwirtschaft zu einer Entlastung des Stromnetzes führen. Diese Entlastung sollte durch eine Netzentgeltentlastung anerkannt und so der Ausbau von Wasserstofferzeugungsprojekten gefördert werden.

Wie eingangs beschrieben bietet Wasserstoff eine Möglichkeit Industrie zu halten. Insbesondere für Mitteldeutschland gilt es eine heimische Produktion von Wasserstoff zu schaffen, um frühzeitig der Wirtschaft eine Chance auf Transformation zu bieten. So

lange Importe von nachhaltigen Gasen in großen Mengen und günstigen Preisen auf sich warten lassen, ist es die Aufgabe der Politik diesbezüglich den Standort Deutschland zu sichern.

Die Verlängerung der Netzentgeltbefreiung lässt sich somit als notwendige Maßnahme einordnen, um den aktuellen Entwicklungen der Weltwirtschaft, dem schleppenden Fortschritt des Wasserstoffhochlaufes und den steigenden Druck auf die Wirtschaft entgegenzuwirken.

## FAZIT

Die Transformation des Energiesystems gelingt nur, wenn Wasserstoff als komplementärer Baustein zur Elektrifizierung politisch und wirtschaftlich konsequent gefördert wird. Gerade in der sensiblen Hochlaufphase bis in die 2030er Jahre braucht es stabile und investitionsfreundliche Rahmenbedingungen, um heimische Produktion und industrielle Wertschöpfung zu sichern. Eine Aufhebung der Stromnetzentgeltbefreiung für Elektrolyseure würde diesen Prozess gefährden, da sie die Wirtschaftlichkeit von Projekten schwächt und Investitionen hemmt. Um die Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandorts Deutschland – insbesondere in Mitteldeutschland – zu erhalten, muss die bestehende Entlastung daher fortgeführt werden.

## KONTAKTPERSON

